



**Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Joint Conference Church and Development

---

Bundespressekonferenz 10.12.2012, 10.30 Uhr

## **Rüstungsexportbericht 2012**

*Statement von Prälat Dr. Bernhard Felmberg*

*Evangelischer Vorsitzender der GKKE*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle gefordert, Konsequenzen aus früheren Waffenlieferungen an autoritäre und repressive Regime im arabischen Raum zu ziehen mit einer tatsächlich restriktiven Rüstungsexportkontrolle. Was in 2012 über Indiskretionen aus dem Bundessicherheitsrat über mögliche Lieferungen an Saudi – Arabien oder Katar bekannt wurde, geht genau in die andere Richtung: noch mehr und noch modernere Waffen.

In der Begründung der Bundesregierung für Liefergenehmigungen in Drittstaaten spielt folgende Argumentation eine zunehmende Rolle: Partner in Konfliktregionen sollen befähigt werden, mit Hilfe von Rüstungslieferungen ihre Sicherheitsvorsorge selbst in die Hand zu nehmen und als „Stabilitätsanker“ zu dienen. Solche Partnerstaaten würden in die Lage versetzt, nötigenfalls selbst in Krisenregionen zu intervenieren. Damit wäre einem direkten militärischen Engagement Deutschlands vorgebeugt. Während Waffenexporte in Konfliktregionen bisher grundsätzlich abzulehnen waren, würden sie gemäß dieser Logik nun zu einem wichtigen Pfeiler der deutschen Außen - und Sicherheitspolitik.

Gleich, ob es sich wirklich um einen Paradigmenwechsel handelt oder eine schon lange praktizierte Politik nur offensiver begründet wird, es ist ein gefährlicher Trugschluss, zu glauben, dass Lieferungen von Waffen oder Kriegsgerät zur Stabilisierung der Lage in Konfliktregionen beitragen könnten. Eine Politik, die mit der Aufrüstung von Staaten Stabilitätsanker schaffen will, greift zu kurz und übersieht die Probleme, die von Waffenlieferungen ausgehen können. Nicht demokratische Staaten können Kriegswaffen für interne Repression einsetzen, was den Frieden im Land und in der Region zusätzlich gefährdet. Und wer wird die Waffen in einigen Jahren gegen wen richten? Entwicklungen in autoritären Regimen sind kaum vorhersehbar. In keinem Fall sollte das Kriterium der Menschenrechtslage im Empfängerland bei der Exportentscheidung vermeintlicher regionaler Stabilität oder Sicherheitsinteressen untergeordnet werden. Rechtsstaatlichkeit ist eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und für nachhaltige Friedenssicherung - mehr als Panzer und andere Kriegswaffen.

Die möglichen Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien, Katar und Indonesien wurden nicht nur in der Öffentlichkeit und von der GKKE kritisiert, sie lösten auch in 2012 parlamentarische Diskussionen aus. Wer aber Informationen nicht rechtzeitig erhält, kann weder argumentieren noch kontrollieren. Dies gilt nicht nur für die Opposition, sondern auch für Abgeordnete der Regierungskoalition. Als Gesetzgeber aber könnte

sich der Bundestag wirksame Informationsrechte verschaffen. Wir begrüßen und unterstützen entsprechende Anstrengungen, die parlamentarische Kontrolle in der Rüstungsexportpolitik zu verbessern. Aus der Opposition wurden Anträge in diese Richtung im Bundestag eingebracht.

Die GKKE begrüßt das deutsche Engagement zugunsten eines ATT und sieht in einer koordinierten Position der EU-Mitgliedsstaaten ein starkes Signal an andere Staaten. Sowohl im Vorbereitungsprozess als auch bei den Verhandlungen im Juli 2012 hat sich Deutschland für einen möglichst umfassenden ATT ausgesprochen, welcher neben den Kategorien des VN-Waffenregisters nicht nur Kleinwaffen und leichte Waffen, sondern auch Munition und die entsprechenden Produktionsanlagen erfassen sollte.

Die von Deutschland formulierte „rote Linie“ bei Menschenrechten ist zu begrüßen und muss unbedingt eingehalten werden. Aus Sicht der GKKE ist es allerdings erforderlich, einen ATT nicht als internationales Handelsabkommen zu sehen, sondern in den Kontext der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik einzuordnen. Implementierung und Umsetzung bedarf starker Strukturen und politischer Unterstützung. Es ist daher unzureichend, wenn die Bundesregierung sich lediglich für „minimale“ Strukturen ausspricht.

Das Ziel, den internationalen Waffenhandel effektiv zu kontrollieren, lohnt alle Mühe. Dafür haben sich auch der Vatikan und der Ökumenische Rat der Kirchen immer wieder eingesetzt, darin sind wir uns mit unseren christlichen Partnerkirchen weltweit einig!